

Bundeswehreinsatz

Weiteren IS-Terror verhindern

Der Bundestag hat am Freitag mit breiter Mehrheit dem Mandat zur Unterstützung Frankreichs im Kampf gegen die Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS) zugestimmt. Ziel sei es, einen Beitrag zur Verhütung von weiteren terroristischen Handlungen durch den IS zu leisten, erklärte CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt.



Luftbetankung eines Tornado-Jets

Foto: picture alliance/dpa

Die schrecklichen Ereignisse von Paris und das sinnlose Morden der Terrorgruppe IS machen immer noch fassungslos. Sie waren nicht nur ein Angriff auf den französischen Nachbarn, sondern auf das westliche Gesellschaftsmodell, dem die Freiheit des Einzelnen zugrunde liegt und das Minderheiten schützt.

Vor diesem Hintergrund ist Deutschland der Bitte Frankreichs um Unterstützung nachgekommen. „Das ist kein Kriegseinsatz, sondern ein Signal der Solidarität mit Frankreich“, erklärte Hasselfeldt. Sie wies darauf hin, dass neben der militärischen Hilfe

der Friedensprozess in Wien weiterhin im Mittelpunkt stehe. Außerdem müsse die Lage der Menschen in Syrien verbessert werden. „Damit leisten wir auch einen Beitrag, um weitere Fluchtursachen zu bekämpfen“, betonte Hasselfeldt.

Der Einsatz der Bundeswehr in Syrien mit bis zu 1.200 Soldaten umfasst drei Aufgaben: die Aufklärung mit Tornado-Flugzeugen und Satelliten, die Luftbetankung von

Kampffjets sowie den Schutz eines französischen Flugzeugträgers mit einer Fregatte und Stabspersonal zur Unterstützung. Der Einsatz ist zunächst bis zum 31. Dezember 2016 befristet.

Deutschland als größter Staat in der Europäischen Union dürfe angesichts der aktuellen Lage nicht untätig bleiben. „Man kann Solidarität nicht nur von anderen einfordern, sondern man muss sie auch selbst leisten“, erklärte der außenpolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe, Florian Hahn, in seiner Rede.

**Signal der
Solidarität mit
Frankreich**

Bereits vor einem Jahr war Deutschland einer breiten Allianz von über 60 Staaten gegen den IS-Terror beigetreten – mit ersten Erfolgen. Im Nordirak gelang es durch Lieferung von militärischer Ausrüstung und durch Ausbildung der kurdischen Peschmerga, den IS zurückzudrängen. Ein ganz wichtiges Signal: Damit wurde dem IS der Nimbus der Unbesiegbarkeit genommen. Hahn stellte deshalb auch klar: „Die Terrorgefahr steigt dadurch nicht. Wir sind bereits im Fadenkreuz.“



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in dieser Woche hat der Bundestag den Weg frei gemacht für den Einsatz der Bundeswehr zur Bekämpfung des sogenannten Islamischen Staates in Syrien. Im Rahmen einer internationalen Allianz von 64 Staaten leisten wir damit einen richtigen und wichtigen Beitrag im Kampf gegen den IS-Terrorismus. Zugleich senden wir ein Signal der Solidarität mit unseren französischen Freunden nach den abscheulichen Anschlägen in Paris.

Deutschland wird vor allem Aufklärungs- und Tankflugzeuge bereitstellen. Darüber hinaus entsenden wir eine Fregatte als Begleitschutz für den französischen Flugzeugträger Charles de Gaulle und stellen zusätzliches Personal zur Unterstützung der Stäbe und Hauptquartiere. In Syrien wie bereits im Irak ist der Einsatz auch militärischer Mittel gegen die menschenverachtende Terrororganisation des IS in der aktuellen Situation richtig und notwendig.

Uns ist aber klar, dass wir diese Herausforderung nicht allein mit militärischen Mitteln bewältigen können. Deshalb wird Deutschland die diplomatischen, humanitären und entwicklungspolitischen Anstrengungen weiterführen und verstärken. Die Einigung der Syrien-Konferenz in Wien auf einen Fahrplan für einen politischen Übergangsprozess in den nächsten 18 Monaten ist dabei ein ermutigendes Signal. Wir müssen alles daran setzen, die nächsten Schritte hin zu einem Waffenstillstand, einer Übergangsregierung und einem besseren humanitären Zugang für Hilfsorganisationen schnellstmöglich umzusetzen. Die Menschen in Syrien brauchen wieder eine Perspektive auf ein besseres Leben.

Florian Hahn MdB

Asylpaket II

SPD schnürt Paket wieder auf

Es war längst unter den Parteivorsitzenden von CSU, CDU und SPD beschlossen – das Asylpaket II. Nun blockiert die SPD. Damit können die wichtigen Regelungen nicht so schnell wie ursprünglich geplant umgesetzt werden.

Bereits zum 1. Januar sollten weitere Verschärfungen des Asylrechts in Kraft treten, um die Verfahren zu beschleunigen und Abschiebungen zu erleichtern. „Dieser enge Zeitplan wird wohl nicht mehr zu halten sein“, sagte die CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt. Grund dafür seien Blockaden des Koalitionspartners: „Das liegt an der SPD. Sie hat über den Beschluss der Parteivorsitzenden hinaus Punkte nachgeschoben, die für uns nicht nachvollziehbar sind“, so Hasselfeldt. Insbesondere bei der Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzbedürftige gebe es aus Sicht der SPD noch Klärungsbedarf. Dabei hatten sich die Parteivorsitzenden der CSU, CDU und SPD bereits Anfang November darauf geeinigt, diesen für zwei Jahre auszusetzen.

„Unsere Gesellschaft kann nicht jedes Jahr Millionen von Menschen aufnehmen und integrieren“, so Michael



Foto: picture alliance/dpa

Frieser, innenpolitischer Sprecher der CSU-Landesgruppe. Die SPD fordere unter anderem, den Familiennachzug für Minderjährige zu erhalten. „Dies ist jedoch das vollkommen falsche Signal.“ Man könne nicht zulassen, dass Eltern ihre Kinder auf die gefährliche Reise ins Ungewisse vorschicken, so Frieser. Schon jetzt fielen 40.000 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in die Obhut der Jugendhilfe.

Unterdessen einigte sich der Bundesinnenminister mit den Landesinnenministern, bei Flüchtlingen aus Syrien wieder jeden Einzelfall zu prüfen. Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt begrüßte diese Entscheidung und bezeichnete sie als notwendig: „Nur in einer Einzelfallprüfung kann belastbar festgestellt werden, ob und wenn ja welche Art von Schutzstatus jemand erhalten muss.“

Diese Woche

Bundeswehreinatz Weiteren IS-Terror verhindern	1
Asylpaket II SPD schnürt Paket wieder auf	2
Tierschutzbericht „Eine Frage der Haltung“	2
Marlene Mortler im Interview UN-Klimakonferenz in Paris: „Hier geht es ums Ganze“	3
OMV-Tagung „Wir wären nicht da, wo wir sind, ohne die Heimatvertriebenen“	4
Faltblatt Pflege Neues Faltblatt zur Pflege erschienen	4
Menschenrechtsverteidiger Unterstützung und Solidarität	4

IMPRESSUM:

Der Meinungsbeitrag auf S. 1 gibt die persönliche Auffassung des betreffenden Abgeordneten wieder. Foto Editorial: Pleyer Landshut

Verantwortliche Redakteure:
Linda Dietze, Jutta Lieneke-Berns
11011 Berlin · Platz der Republik 1
Telefon: (030) 227 - 70212
e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Diese Veröffentlichung der CSU-Landesgruppe dient ausschließlich der Information und darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Tierschutzbericht

„Eine Frage der Haltung“

Die ausdrückliche Verankerung des Tierschutzes im Grundgesetz hat für wichtige Impulse gesorgt, das resümiert der Tierschutzbericht der Bundesregierung. Am Donnerstag wurde dieser im Plenum debattiert.



Foto: picture alliance/ZB

„Der 12. Tierschutzbericht der Bundesregierung ist Zwischenbilanz und Auftragsbuch für die Zukunft“, sagte Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt. Im Berichtszeitraum 2011 bis 2014 habe man im Tierschutz entscheidende Fortschritte erreicht, wenngleich noch vieles zu tun sei, so Schmidt. Neben der Initiative „Eine Frage der Haltung – neue

Wege für mehr Tierwohl“ werden im Bericht auch das Verbot der betäubungslosen Ferkelkastration und des betäubungslosen Schenkelbrands bei Pferden ab dem 1. Januar 2019 genannt. Im Grundgesetz ist der Tierschutz als Staatsziel verankert. Daraus bestimme sich die Leitlinie des Handelns, so Landwirtschaftsminister Schmidt.

Marlene Mortler im Interview

UN-Klimakonferenz in Paris: „Hier geht es ums Ganze“

Bis zum 11. Dezember verhandeln 180 Staaten bei der UN-Klimakonferenz in Paris. Dort soll ein Nachfolgebertrag für das sogenannte Kyoto-Protokoll vereinbart werden – ein neues Abkommen mit verbindlichen Klimazielen. Marlene Mortler erklärt im Interview Deutschlands Ziele.

Warum ist diese UN-Konferenz so wichtig?

Hier geht es ums Ganze. Bringen die versammelten 180 Staaten den Willen auf, den Klimawandel ernsthaft anzugehen? Nur wenn die Trendwende beim Klimaschutz gelingt, besteht noch eine Chance, die globale Erwärmung auf zwei Grad zu beschränken. Und das ist wichtig. Denn oberhalb dieser Grenze könnte das Klimasystem völlig außer Kontrolle geraten. Ganz ehrlich, mir reichen schon die Vorboten des Klimawandels aus – etwa die immer heißeren und trockeneren Sommer bei uns in Bayern.

Was erhoffen Sie sich von Paris?

Erstens, dass nicht nur eine Handvoll Staaten bereit sind, wesentliche Verpflichtungen zum Klimaschutz zu übernehmen, sondern alle. Im Vorfeld gab es ja gute Zeichen, beispielsweise aus China und den USA. Zweitens, dass es gelingt, Mechanismen zu vereinbaren, wie diese Verpflichtungen überprüft werden. Es kann nicht sein, dass sich



Marlene Mortler, agrar- und umweltpolitische Sprecherin der CSU-Landesgruppe

Foto: Simone Engler

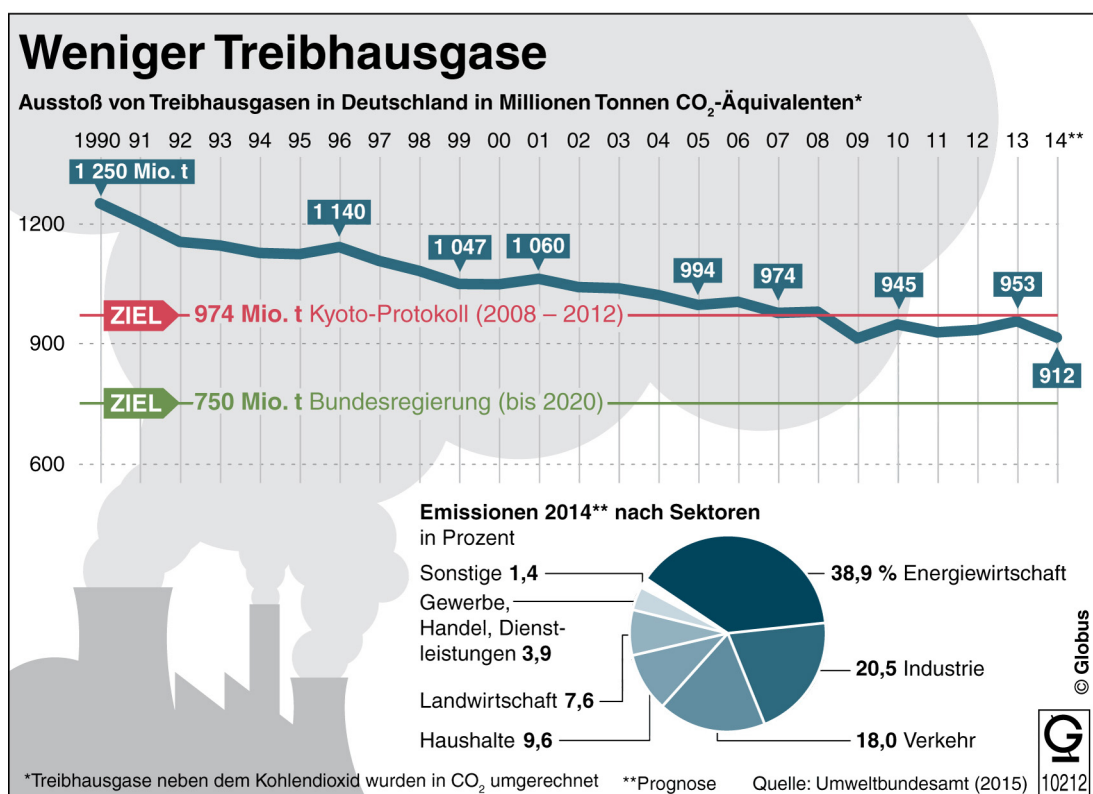
einige Staaten im Nachhinein Wettbewerbsvorteile verschaffen, indem sie ihren Unternehmen Schlupflöcher gewähren. Und drittens, dass CO₂ endlich einen Preis bekommt. Denn nur so werden saubere Technologien, von denen übrigens viele aus Deutschland kommen, wettbewerbsfähig.

Was bedeutet der UN-Klimaschutz für uns in Deutschland?

Das hängt vom Ergebnis ab. Wir sollten alles daran setzen zu zeigen,

wie Klimaschutz funktionieren kann. Das heißt vor allem eines: Kosteneffizienz. Als CSU-Landesgruppe fordern wir schon lange die steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung, damit wir endlich die niedrig hängenden Früchte des Klimaschutzes ernten können. Außerdem wollen wir, dass die Biomasse eine wichtige Rolle im Rahmen der Energiewende spielt. Ich möchte daran erinnern: Nur Pflanzen sind in der Lage, der Luft CO₂ zu entziehen. Diesen Zusammenhang darf man nicht ausblenden.

Treibhausgase in Deutschland



OMV-Tagung

„Wir wären nicht da, wo wir sind, ohne die Heimatvertriebenen“

Die CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt dankt den Vertriebenen auf der Bundesdelegiertentagung in Berlin für ihre wichtige Erinnerungs- und Versöhnungsarbeit und für die gelungene Integration.

„Flucht und Vertreibung haben in der Gegenwart ein Ausmaß angenommen, wie wir es in Europa schon überwunden glaubten,“ stellte die CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt in ihrer Rede fest. „Unsere Heimatvertriebenen und ihre Nachkommen wissen, was es heißt, die Heimat zu verlieren. Auch deshalb engagieren sie sich auf vielfältige Weise bei der Bewältigung der aktuellen Flüchtlingskrisen.“ Dafür dankte sie den Delegierten ausdrücklich. Hasselfeldt wies zugleich aber darauf hin: „Niemand kann und darf die Flüchtlinge von heute mit den deutschen Heimatvertriebenen von damals gleichsetzen.“

Sie betonte die enge Verbundenheit Bayerns mit den Vertriebenen. „Die Integration war nicht selbstverständlich, aber sie ist gelungen. Sie ist gelungen, weil die Heimatvertriebenen die Kraft und den Willen zur Integration hatten.“ Sie dankte allen für die erbrachten



Foto: CSU-Landesgruppe

Leistungen: „Wir wären nicht da, wo wir sind, wenn wir die Heimatvertriebenen nicht gehabt hätten.“ Ihr Dank galt auch der Erinnerungs- und Versöhnungsarbeit der Vertriebenen selbst.

Die CSU-Politikerin wies darauf hin, dass sich Bayern immer für einen bundesweiten Gedenktag für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation stark gemacht habe. Auch habe

der Freistaat gemeinsam mit der CDU/CSU-Fraktion beharrlich für die Entschädigung für Zwangsarbeit gekämpft – mit Erfolg, wie die CSU-Politikerin ausführte. In den kommenden drei Jahren wird der Bund insgesamt 50 Millionen Euro zur Verfügung stellen. „Ich weiß: Das kann das ertragene Leid nicht aufwiegen. Aber wir setzen damit ein überfälliges Zeichen der Anerkennung“, erklärte Hasselfeldt.

Faltblatt Pflege



Foto: CSU-Landesgruppe

Neues Faltblatt zur Pflege erschienen

„Wir kümmern uns... um gute Pflege“ – unter diesem Titel informiert ein neues Faltblatt der CSU-Landesgruppe über die Verbesserungen im Bereich Pflege. Es hebt anschaulich und leicht verständlich die wichtigsten Neuerungen der beiden Pflegestärkungsgesetze I und II für Pflegebedürftige, Angehörige und Pflegekräfte hervor.

Das Faltblatt „Wir kümmern uns ... um gute Pflege“ können Sie bestellen unter bab@cducsu.de oder auf der Webseite der CSU-Landesgruppe unter www.csu-landesgruppe.de herunterladen.

Menschenrechtsverteidiger



Foto: picture alliance/chromorange

Unterstützung und Solidarität

Am 10. Dezember ist der internationale Tag der Menschenrechte. Aus diesem Anlass haben die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD einen Antrag zum besseren Schutz von Menschenrechtsverteidigern in den Deutschen Bundestag eingebracht.

„Menschenrechtsverteidiger handeln aus den edelsten Motiven“, erklärte Bernd Fabritius (CSU). Sie setzten ihre eigene Sicherheit aufs Spiel, um für die Rechte anderer einzutreten. Dafür müssen sie mit Repressionen, ja gar Folter und Mord rechnen. „Deshalb bin ich sehr dankbar, dass wir mit dem heute vorliegenden Antrag ein starkes Signal der Unterstützung und Solidarität mit Menschenrechtsverteidigern weltweit aussenden“, so Fabritius. Es gehe jedoch nicht nur um das Signal, sondern um konkrete Maßnahmen – wie zum Beispiel den Aufbau und die Pflege systematischer Kontakte zu Menschenrechtsverteidigern sowie eine Berücksichtigung in der EU-Außenpolitik.